

Bresener Zeitung.

Siebenundsechzigster Jahrgang.

Annoncen
Annahme-Bureau
In Posen
außer in der Expedition
bei Pruski (C. H. Ulrich & Co.)
Bretzestraße 14
in Bresen
bei Herrn Ch. Spindler,
Markt- u. Friedr. Gasse 4;
in Grätz bei Herrn J. Strindl;
in Frankfurt a. M.
S. L. Hanke & Co.

Fl. 530.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 14 Thlr. für ganz Preußen 1 Thlr. 24 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Sonnabend, 1. August
(Erscheint täglich drei Mal.)

Erlaß 2 Sgr. die schriftgefasste Zeile oder deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu richten und werden für die am folgenden Tage Morgen 8 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1874.

Telegraphische Nachrichten.

Karlsruhe, 31. Juli. Nach dem neuesten Gesetzblatt tritt die von dem Landtage während seiner letzten Session beschlossene neue Städteordnung am 1. Januar 1875 in Kraft.

Carlowitz, 30. Juli. Die Mitglieder des serbischen Kirchenkongresses haben in einer abgehaltenen Konferenz den Antrag von Mileks, daß gegen die Nichtgenehmigung der Wahl von Stojlovic zum Patriarchen protokollarisch förmliche Verwahrung eingelegt werde, abgelehnt, dagegen einen anderen Antrag angenommen, wonach das Bedauern des Kongresses über die Nichtgenehmigung dieser Wahl ausgesprochen werden soll.

Paris, 31. Juli. Die Morgenblätter veröffentlichten eine anscheinend offizielle Note, in welcher gesagt wird, die Journale beschäftigten sich seit einigen Tagen mit einem Hirtenbriefe des Kardinal-Erzbischofs von Paris. Die Regierung habe mit Bedauern die Publikation dieses Hirtenbriefes gesehen, würde es jedoch äußerst wünschenswert finden, wenn der gedachte Hirtenbrief nicht ferner als Gegenstand der Zeitungspolemik betrachtet würde.

Nom, 31. Juli. Die "Opinione" spricht sich billigend über die Absicht der deutschen Regierung aus, ein Geschwader an die spanische Küste zu senden und erhält ferner, daß Verhandlungen unter den Großmächten im Gange seien, ebenfalls Kriegsschiffe an der spanischen Küste freuen zu lassen. Es liege dieser Maßregel jedoch jeder Gedanke einer Intervention fern und sei dieselbe lediglich in der Absicht in Aussicht genommen, um den Landesangehörigen der Mächte Schutz zu gewähren.

London, 30. Juli. (Unterhaus.) Der Unterstaats-Sekretär im Departement des Auswärtigen, Sir R. Bourke, erklärt auf eine Anfrage des Deputirten Bance, die spanische Regierung habe versprochen, zu thun, was in ihren Kräften siehe, um der Räuber, von denen der Engländer Hasselden beraubt worden, habhaft zu werden und das von Letzterem an jene gezahlte Lösegeld wieder zu erlangen. Auf eine weitere Anfrage Richard's erwiederte Sir R. Bourke, die englische Regierung habe, nachdem die von der deutschen und italienischen Regierung erhobenen Reklamationen wegen der von deren Landesangehörigen in Karthagene erlittenen Schäden seitens der Madrider Regierung gewürdigt worden seien, gleichfalls Schadloshaltung der bei jener Gelegenheit geschädigten Engländer verlangt und glaube, auf eine demnächstige zufriedenstellende Antwort der spanischen Regierung rechnen zu dürfen.

Hyde, 30. Juli, Abends. Der Kronprinz des Deutschen Reichs und von Preußen begab sich heute nach Portsmouth und von da nach Goodwood, wo er mit dem Prinzen und der Prinzessin von Wales dem Wetternen beiwohnte. Heute Abend ist der Kronprinz hierher zurückgekehrt.

Brief- und Zeitungsberichte.

△ Berlin, 31. Juli. Die von der Regierung beschlossene Maßregel in Betreff Spaniens wird von allen Preßorganen, außer denen der Ultramontanen, als eine durch die Situation nicht nur erklärte, sondern gebotene bezeichnet. Einen etwas verschämten Bundesgenossen hat die ultramontane Presse in der "Kreuz-Zeitung" gefunden. Dieselbe reproduziert die wichtigsten Kundgebungen der Presse in Bezug auf die spanischen Wirren und erklärt zwar, daß das Verfahren der Carlisten gegen den Hauptmann Schmidt nicht zu billigen sei, aber an eine Intervention dürfe um so weniger gedacht werden, als daß eine Desavouirung der bisher festgehaltenen Nicht-Interventions-Politik wäre und mit dem Verfahren gegen den Kapitän Werner nicht zu reimen sei. Die "Kreuz-Zeitung" darf sich beruhigen; an ein Absehen von dem Haupt-Prinzip unserer deutschen Politik wird nicht gedacht. So viel man hört, ist bei der Absendung eines deutschen Geschwaders kein anderer Gedanke maßgebend gewesen, als die Vorsorgs, daß das Leben und Eigentum der in Spanien lebenden Deutschen gefährdet sein könne, und der Wille, diese Vorsorgs zu befehligen. In diesem Sinne wird auch dem Befehlshaber des abzusendenden Geschwaders Instruktion ertheilt werden. Selbstverständlich aber wird die Sendung selbst eine über die unmittelbare Aufgabe hinausgehende Wirkung sicher nicht verfehlten. Was aber den Kapitän Werner betrifft, der ganz dieselbe Instruktion hatte, welche der gegenwärtigen Expedition ertheilt werden soll, so würde nicht an ein Verfahren gegen denselben gedacht worden sein, wenn er den Nachweis hätte führen können, daß eine dringende Gefahr deutscher Reichsangehörigen ihm zum Einschreiten veranlaßt habe. — Dass auch die brüsseler Konferenz sich mit den spanischen Angelegenheiten beschäftigen möge, ist allerdings ein ziemlich nahe liegender und daher mehrfach angeregter Gedanke. Bei einem Nachdenken muß sich aber ergeben, daß dieser Gedanke nicht verwirklicht werden kann. Namentlich spricht dagegen, daß die Abgeordneten der Regierung streng abgegrenzt, einzigt auf das russische Programm bezügliche Instruktionen haben, vor Allem aber, daß die Theilnehmer nicht einmal ausschließlich aus diplomatischen Vertretern ihrer Regierung bestehen. — Wie ich höre, ist auch die Frage in Erwägung gekommen, ob es angemessen sei, die Verhandlungen der Konferenzen stenographisch aufzunehmen. Es scheint aber, daß die Theilnehmer an dem Kongreß sich gegen eine solche wortgetreue Wiedergabe der Verhandlungen erklärt haben.

— Wie telegraphisch gemeldet, haben die ultramontanen Katholiken Berlins gestern die von der "Germania" nach der

Schließung der katholischen Vereine geäußerte Drohung, diese Vereine durch einen Verein mit offen ausgesprochener politischer Farbe zu ersetzen wahr gemacht. Sie haben — und zwar sehr bezeichnend unter Mitwirkung des sozial-demokratischen Reichstagabgeordneten Redakteurs Hasselmann — einen "Berliner Verein der Zentrumspartei" gegründet. In den Verhandlungen darüber hat sich wieder der Redakteur der "Germ." Cremer mit einer maßlosen Rede hervorgethan. Wir geben nachstehend den Bericht der "National-Zeitung":

Schon bei den letzten Reichstagswahlen wurde eine festere politische Vereinigung der hiesigen Katholiken ins Auge gesetzt, und wenn der Gedanke damals nicht sofort realisiert wurde, so geschah dies wohl nur aus dem Grunde, weil die bestehenden katholischen Vereine eine genügende Grundlage für die gemeinsame politische Operation abgaben. Nach der Schließung der meisten katholischen Vereine trat jedoch die Notwendigkeit der engeren Zusammenfassung wieder dringender an das am Schlusse der Wahlkampagne gewählte provisorische Komite heran, und so verksammteten sich denn, zusammenberufen durch ein Institut in der "Germania", etwa 6—700 Katholiken, unter ihnen der unvermeidliche "Graue im Barte", der Letzte der Klostersturm-Versammlungen und der Führer der Sozialdemokratie, der Reichstagabgeordnete Hasselmann. Der vorgelegte Statutenentwurf wurde einstimmig angenommen, auch Herr Hasselmann stimmte dafür. Der Zweck des Vereins wird in § 1 des Statuts dahin präzisiert, öffentliche Angelegenheiten zu besprechen und nach Maßgabe des Programms der Zentrumspartei auf dieselben einzuwirken. Die Mitgliedschaft ist blos von der Zahlung des Monatsbeitrages von 2 Sgr. abhängig, das religiöse Bekenntnis ist irrelevant, aber der Vorstand entscheidet selbstständig über Aufnahme und Ausschluß. — § 4 des Statuts sagt: "Angen. in Versammlungen behält sich die Wirkung des Vereins in Abteilungen, zu welchen die Mitglieder nach eigener Wahl zusammenentreten, um bestimmte Gebiete des politischen, sozialen und wissenschaftlichen Lebens sachgemäß zu behandeln. Das Nächste legt die Geschäftsordnung fest." Den Zweck dieser "Abteilungen" erläuterte der Redakteur der "Germania" Herr Cremer in längrem Vortrage. Es sollen darnach die Ultramontanen den liberalen Gegnern auf das Gebiet der sog. modernen Ausklärung folgen, um zu beweisen, daß sie keine fulurfeindlichen Tendenzen verfolgen, sondern sich von der "Kultur" genau so viel aneignen, wie ihnen paßt, daß die Ultramontanen nicht gleich nach der Geburt auf den Kopf fallen, daß sie sehr wohl einsehen, wie die viel gerühmte Weisheit der Gegner oft nur ein blauer Dunst ist und wie sie nur zu oft über Dinge sprechen, die sie gar nicht verstehen. Da nun aber die Gentle's viel seltener sind als die unaugierten Leute, so solle durch das moderne Prinzip der Arbeitsteilung in den Abteilungen des Vereins jeder die Möglichkeit erhalten, sein Licht leuchten zu lassen. Nach den letzten Vorfällen der Neuzeit seien die Katholiken verpflichtet und gewungen, öffentlich Farbe zu bekennen und die Ansichten ihrer Partei zur Herrschaft zu bringen. Er wolle der Versammlung nicht die Schmach antun, auf den Vorwurf einzugehen, welcher der ultramontanen Partei aus dem Kissinger Attentat gemacht wird, aber die daraus auf politischem Gebiete erwachsenden Konsequenzen müsse man ziehen und vor allen Dingen dafür sorgen, daß der Rest der Verfassung erhalten bleibt und das Vereinsrecht nicht verklummt wird. Nachdem der Redner nachweislich auf die "Nat. Ztg." und die "R. A. Ztg." geschimpft, die "Prov. Corr." und die "Köln. Ztg." als unter allen Kritik stehend bezeichnet hatte, wandte er sich zu der bei ihm vorgenommenen polizeilichen Haussuchung. Da er nicht annehmen durfe, daß die Polizei ihn für einen Komplicen Kullmann's halte — denn Kullmann ist ein ausgemachter Lump, das wissen wir ja alle — habe er den Motiven nachgefühlt und dabei in Erfahrung gebracht, man habe ihn im Verdacht, mit dem berühmten Astronomen Pater Secchi in Rom zu dem Zwecke in Verbindung getreten zu sein, den Durchgang der Venus durch die Sonne zu verhindern und damit die Regierung zu ärgern, daß sie das schöne Geld für die Beobachtungs-Expedition in den Druck geworfen hat. — Selbstverständlich übt der "Wit" seine Wirkung.

— Mit dem 1. d. M. ist die Kirchenvermögens-Verwaltung der evangelischen Kirchen in den alten Landen auf die Gemeindelichenräthe übergegangen, und es hört daher überall, wo der Fiskus als Patron seine Patronatslasten trägt, sondern nur Parochialbeiträge zu entrichten hat, oder wo er nur bestimmte fixirete Realabgaben an Kirchenbeamte zahlt, das bisherige Recht des fiskalischen Patronats zur Aufsicht der Kirchenvermögens-Verwaltung und zur Theilnahme an derselben durch Zustimmung zu den, in den bestehenden Gesetzen (A. L.-R. Th. II. Tit. 11) näher bezeichneten Arten der Vermögensverwaltung auf. Wo der Fiskus als Patron irgend einen Beitrag zu den kirchlichen Bedürfnissen entweder in vor kommenden Fällen oder beständig entrichtet, bleibt ihm nur noch das Recht, daß ohne seine Zustimmung keine Ausgabe aus der Kirchenkasse beschlossen werden kann, welche außerhalb des gesetzlichen Zweckes der Kirchenkasse oder des Kirchenvermögens überhaupt liegt, also beispielsweise Ausgaben zu Schulzwecken, Bedürfnissen der Zivilgemeinde-Armenpflege etc. In allen solchen Fällen ist die Regierungs-Entscheidung erforderlich. Wo aber der Fiskus als Patron im Unvermögensfalle der Kirche Beiträge zu Bauten entrichtet, bleiben die Rechte der Aufsicht und Zustimmung des Patrons in dem gesetzlichen Maße fortbestehen. Es sind daher auch in allen diesen Fällen die Ets und Rechnungen nach ihrer Feststellung und Deckung seitens der Gemeindelichenräthe der vorgesetzten Regierung zur schriftlichen Genehmigung einzureichen.

— Das in letzter Zeit zu offiziösen Mittheilungen benützte "Preuß. Volksbl." schreibt: "Wie verlautet, wird in maßgebenden Kreisen der 15. Oktober als der späteste Termin zur Einberufung des Reichstages angesehen. Auch heißt es, die preußische Regierung werde ihrerseits mit allen Kräften das Zustandekommen eines Entwurfs betreiben, welcher dem Reiche gemeinsame Normen für das Vereinswesen schafft. Die neuesten nach dieser Seite hin gemachten Erfahrungen haben die Notwendigkeit eines Reichsvereinsgesetzes dargebracht, denn wenn beispielsweise in Preußen einzelne Vereine geschlossen werden, so widerspricht es der Aufgabe wie dem ganzen Wesen des Reiches, wenn diese Vereine ihre Thätigkeit nach einem anderen deutschen Staate verlegen könnten, wodurch sie in den Stand gesetzt sind,

das ergangene Verbot bis zu einem gewissen Grade unwirksam zu machen."

— Während unter dem Einflusse der zur "Weltstadt" gewordenen und in ihren Interessen und Bestrebungen völlig selbständigen Stadt Berlin in der Provinz Brandenburg trotz des langjährigen Voranges in anderen Provinzen und jahrelanger Bemühungen die Begründung eines Städtedages bisher nicht gelungen war, hat die Bestimmung der Provinzialordnungs-Vorlage, wonach Berlin aus der Provinz ausscheiden und in Zukunft eine "eigene Provinz" bilden soll, in kürzester Zeit zu einer Vereinigung der brandenburgischen Städte geführt. Nachdem zunächst im Herbst v. J. auf einer konstituierenden Versammlung zu Frankfurt a. O. die Begründung eines Städtedages für den Regierungsbezirk Frankfurt a. O. beschlossen und dessen Statut genehmigt worden war, haben sich inzwischen dem Städtedage des gedachten Regierungsbezirks auch bereits eine sehr große Anzahl von Städten des Regierungsbezirks Potsdam angeschlossen, so daß auf der nächsten ersten regelmäßigen Versammlung des Städtedages, welche nunmehr für den 7. September d. J., 10 Uhr Vormittags in der Aula des Gymnasiums zu Landsberg a. W. anberaumt ist, die Begründung eines allgemeinen brandenburgischen Städtedages sicher zu erwarten steht.

— Bekanntlich bestimmt § 20 des neuen Reichspreisgesetzes, daß der Redakteur einer periodischen Druckschrift als Thäter zu bestrafen ist, wenn nicht durch besonders zu erweisende Umstände die Annahme seiner Thäterschaft ausgeschlossen wird. Mit Bezug darauf ist die Mitteilung von Interesse, welche die "Span. Ztg." betreffs der Beugnißpflicht der Redakteure aus dem neuen Entwurf einer deutschen Strafprozeßordnung macht. Der Entwurf selbst § 46, Absatz 2, bestimmt zwar nur, daß "Personen, welche hinsichtlich der den Gegenstand der Untersuchung bildenden That als Theilnehmer, Begünstiger oder Helfer verdächtig oder bereits verurtheilt sind, nur unbedingt vernommen werden können." Die Motive bemerkten hierzu aber:

Nach den Vorschriften des Abs. 2 entscheidet sich u. A. die Fraue, in wiefern Drucker, Verleger und Redakteure zu einem eidlichen Zeugnis über die Person des Verfassers oder Einförder eines Artikels oder anderen Verlegerzeugnisses angehalten werden können. Wird ein Artikel einer periodischen Druckschrift als strafbar verfolgt, so hat der vorangegangene Redakteur nach § 20 des Preßgesetzes vom 7. Mai 1871 die Vermuthung der Thäterschaft gegen sich; seine eidliche Vernehmung über den Ursprung des Artikels ist daher, so lange diese Vermuthung nicht widerlegt ist, zweifellos ausgeschlossen. Dasselbe gilt von dem Drucker einer als strafbar verfolgten Druckschrift, wenn auf Grund seines Geständnisses oder aus anderen Gründen anzunehmen ist, daß er mit Kenntniß des Inhalts der Druckschrift in deren Veröffentlichung mitgewirkt habe. Der Zweck, welchen die Württembergische Strafprozeßordnung durch Art. 14 verfolgt:

Verweigern können das Zeugnis: 2. Drucker, Verleger und Redakteure in Beziehung auf die Person des Verfassers, Herausgeber oder Einförder von anonymen Druckschriften oder sonstigen Veröffentlichungen durch die Presse, soweit sie die Verantwortung bezüglich des durch Veröffentlichung begangenen Vergehens nach dem Gesetze übernehmen,

wird somit durch die Anwendung des in Abs. 2 ausgesprochenen Grundsatzes in Verbindung mit den Bestimmungen des Preßgesetzes erreicht und bedürfte es deshalb der Annahme einer entsprechenden Spezialvorschrift nicht."

— Das „Justiz-Ministerialblatt“ vom 31. Juli enthält nachstehende Personal-Veränderungen bei den Justizbehörden: Der G. h. Justiz- und Appellger. Rath v. Boehn in Görlitz ist vom 1. Oktober d. J. ab mit Pension in den Ruhestand versetzt. Der Oberger. Direktor Mühlendorff in Münster ist ge. orben. Dem Kammerpräsi. Salm in Aachen ist unter Verleihung des Charakters als Geh. Justizrat die nachgeführte Entlassung aus dem Justizdienste mit Pension zum 1. Oktober d. J. ertheilt. Der Kreisger. Dir. Stor Schulz in Herford ist gestorben, der Stadtger. Rath Beith in Breslau in Folge seiner Ernennung zum Ober-Bergrath aus dem Justizdienste gescheitert. Die nachgeführte Entlassung aus dem Justizdienste mit Pension ist ertheilt: dem Kreisger. Rath Mes in Brandenburg vom 1. Oktober d. J. ab, dem Kreisger. Rath Heer in Striegau, sowie dem Ober-Amtsrichter Dr. Siegener in Uelzen vom 1. November d. J. ab, und dem Kreisrichter Seemann in Goldap vom 1. Oktober. Versetzt sind: der Kreisger. Rath Willebrand in Delitzsch, der Kreisger. in Steinfurt, der Kreisger. Rath v. Dömming in Paderborn und der Kreisrichter Thranhart in Heringen an das Kreisger. in Naumburg an d. S., der Kreisrichter Dölle in Raeschen an das Kreisger. in Söbbelanke, mit der Funktion bei den Ger.-Kommiss. in Cottbus, der Kreisrichter Wiese in Sensburg an das Kreisgericht in Maragrowitz, der Kreisrichter Pfleiderling in Margonin an das Kreisger. in Kauschen, der Kreisrichter von Blinau in Cottbus an das Kreisgericht zu Neichenbach in Schlesien, und der Friedensrichter Luckhoff in Malmedy an das Friedensgericht in Baumholder. Der Charakter als Ober-Amtsrichter ist verliehen: den Amtsrichtern Leonhardt in Mühlendorff, Meyer in Leer, Ilsemann in Hannover, von Martens in Wittmund, Schwering in Springe, Friedrichs in Northeim, Stegemann in Otterndorf, von Döring in Lüneburg, von Harlesiem in Bellerfeld, Kroesberg in Soltau, Börner in Hildesheim, König in Hannover, von Zwehl in Uelzen, Nierberg in Fürstenau, Wuthmann in Tostedt, Hache in Emden, Brandis in Freudenberg, Salfeld in Diepholz, Dempwolff in Aurich, Roscher in Abden, Wedekind in Nordheim, Bogenstede in Osterholz, Eagers in Wettin, Wolkenhaar in Kopenbrücke, Dender in Beben, Schwabe in Berum und Schramm in Stichhausen. Der Ger.-Ass. Bertram ist zum Stadt- und Friedensrichter bei dem Stadt- und Kreisger. in Magdeburg, mit der Funktion an der Ger.-Dep. in Wolmirstedt ernannt. Zu Kreisrichtern sind ernannt: die Gerichts-Asseßoren Goerdeler bei dem Kreisgericht in Cottbus, Reitsch und Christian Friedrich Otto Müller bei dem Kreisgericht in Marienburg, mit der Funktion bei der Ger.-Dep. in Stuhm, Scheper bei dem Kreisgericht in Lüdenscheid, mit der Funktion als Ger.-Kommiss. in Altena, Wolff bei dem Kreisger. zu Neumarkt i. Schl. Damm bei dem Kreisger. in Schubin, Landsberg bei dem Kreisger. in Rösel, und Jaekel bei dem Kreisger. in Gleiwitz mit der Funktion als Ger.-Kommiss. in Friedersdorf. Die Verlezung des Kreisrichters Henke von Ragnit nach Friedeburg ist auf seinen Antrag zurückgenommen worden. Zu Friedensrichtern sind ernannt:

der Ger. Ass. Embß in Köln bei dem Friedensger. in Aldenhoven, und der Ger. Ass. Müller in Koblenz bei dem Friedensger. in Kastellaun. Dem Ober-Staatsanwalt Laube in Bromberg ist die Anlegung des ihm von dem Kaiser von Russland verliehenen St. Annen Ordens II. Klasse mit der Krone gestattet. Der Staatsanwalt Hellweg in Wesel in gleicher Amtseigenschaft an das Kreisger. in Minden versetzt. Der Sitz der Staatsanwaltschaft in Wesel ist nach Duisburg verlegt. Der Rechtsanwalt und Notar, Justizrat Busch in Münster, der Rechtsanwalt Dr. Steinfels in Kassel, und der Advokat und Notar Voßjung in Leer sind gestorben. Verstorbene sind: der Rechtsanwalt und Notar v. Krahnicki in Pr. Holland an das Kreisgericht in Küstrin, mit Anweisung seines Wohnsitzes dafelbst, der Rechtsanwalt und Notar Turbach zu Lauenburg in Pommern an das Kreisgericht in Stettin, Notar Toll in Bozen an das Kreisgericht in Brixen, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Neustadt E/W. Zu Rechtsanwälten und Notaren sind ernannt: der Stadtger.-Rath Dirksen hier selbst bei dem hiesigen Stadtgericht, mit der Verpflichtung, statt seines bisherigen Rechtsanwalt und Notar Pfleiderer (früher in Luckau), unter Wiederaufnahme in den Justizdienst, bei dem Kreisger. in Berlin, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Landsberg, und der Kreisrichter Geßel in Kempen bei dem Kreisger. in Rawitsch, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Gostyn. Dem Rechtsanwalt Traeger in Colleda ist die Ausübung der Anwalts-Praxis auch bei der periodisch gebildeten Gerichts-Deput. in Weißensee, beziehungsweise bei den davor gehörigen Ger. Kommiss. in Weißensee und Sümmersdorf, gestattet. Der Notariats-Kand. Schwenger in Düsseldorf ist zum Notar für den Friedensger. Bez. Heinsberg, im Landger.-Bez. Aachen, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Wassenberg, und der Ref. Dr. Haag in Frankfurt a. M. zum Advokaten im Bezirk des Appell.-Ger. dafelbst, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Frankfurt a. M. ernannt.

Der „R. Anz.“ publiziert die Verordnung, betreffend die Einberufung der Bevölkerungs- und der Kreistage in Elsaß-Lothringen vom 27. Juli 1874, sowie die Konfessionsurkunde, betreffend den Bau und Betrieb einer Eisenbahn von einem Punkte in der Nähe des Bahnhofes zu Berlin durch die Stadt nach Charlottenburg durch die Berliner Stadt-Eisenbahn-Gesellschaft vom 8. April 1874.

Elbing, 29. Juli. Die „Altpr. Blg.“theilt folgenden Fall militärischer Rechtspflege aus einer biegsigen, durchaus zuverlässigen Quelle mit. Der Unteroffizier L. der 1. Batterie des Feldartillerie-Regiments Nr. 16 in Danzig, ein sonst tüchtiger Soldat, hatte sich vor Kurzem beim Exerzieren soweit vergessen, einen Rekruten durch Rufen an den Ohren für eine Unaufmerksamkeit oder Bergl. zu strafen. Er empfand dafür, wie recht und billig, seine Strafe, die in fünf Tagen Arrest bestand. Kurze Zeit nach Verbüßung derselben sollte er selbst erfahren, welche Gefühle thäufige Mißhandlungen Seitens eines Vorgesetzten erregen. Er wurde nämlich von einem Lieutenant seines Bataillons beim Exerzieren mit der Säbelschide an das Ohr geschlagen und mit den Worten traktirt: „Was treibt denn Er sich hierherum? Was trampelt Er denn hier. Er dummer Kerl?“ In Anbetracht der kaum verbürgten Strafe hielt es L. für seine Pflicht, von dem Bataillon bei dem Batteriechef Anzeige zu machen. Er ging dabei von der gewiss durchaus berechtigten Voraussetzung aus, daß, wenn er wegen Mißhandlung eines Untergebenen fünf Tage Arrest erhalten habe, der Lieutenant wegen desselben Vergehens doch mindestens ebendieselbe Strafe erleiden müsse, und mache dies auch bei seiner Anzeige geltend. Allein der Herr Batteriechef war anderer Ansicht und rieb ihm, über die Sache zu schweigen. Dasselbe hat die nächste Instanz, der Herr Major, der sich schließlich nach langem Zögern zu der Mittheilung herbeiließ, der Herr Lieutenant habe einen Verweis erhalten, den als Belastungszeugen vorgelegten Feldwebel H. von derselben Batterie aber, ebenso wie vorher schon der Hauptmann, auch nicht ein einziges Mal vernahm. Beim Regimentskommandeur dafelbe lied: die gelinde Strafe des Lieutenant wurde für geobdachft, die Beschwerde über die Nichtvernehmung des vorbeschlagenen Zeugen für unbegründet erachtet und dem L. im Ueblichen Schweigen, ob angetragen, oder anbefohlen, könnten wir nicht entscheiden. L. wendet sich an das Brigade-Kommando mit einer Beschwerde über das vom Hauptmann, Major und Regiments-Kommandeur hinsichtlich der von diesen beliebten Bestrafung des Lieutenant und Nichtvernehmung des Feldwebel H. beobachtete Verfahren. In dieser Instanz wird ihm eröffnet, daß seine Angelegenheit zur Genüge unterricht worden sei, und daß er wegen nicht begründeter Beschwerde eine Strafe von acht Tagen Arrest erwirkt habe!!! Wie kann man sich wundern, daß sich bessere Elemente immer schwerer für den Untersuchungsdienst gewinnen lassen, wenn sie einer derartigen Behandlung Seitens der Vorgesetzten gewöhnlich sind müssen.

Crefeld, 28. Ju/i. Das „Neue Rhein. Wochenbl.“ enthält von einem hiesigen Lehrer die Mittheilung, daß das Stigma in vielen unserer katholischen Mädchenschulen evidenzhaft aufgetreten ist. In einer einzigen Klasse fand der Lehrer 17 mit den Wundmalen behaftete Schülerinnen. Die Kinder reiben sich die inneren Handflächen, der Schmerzen nicht achtend, so lange und so energisch, bis das Blut als lenthafte hervorquillt, und glauben dann im Stande zu sein, die Zukunft vorherzusagen, Beborgenes an's Licht zu bringen, Geld und Schäfe zu entdecken. Das ist eine Frucht der Saat, welche die ultramontane Presse tagtäglich in die Masse wirkt.

Paderborn, 29. Juli. Wir lesen in der „W. Blg.“: Der Kongregation der Schwestern der christlichen Liebe in Paderborn, die hier außer einer höheren Mädchenschule von drei Klassen bis vor Kurzem sämtliche Mädchenschulen der katholischen Elementarhöfe verwaltete, war bereits zu Anfang des vorigen Jahres die Weiierung der königlichen Regierung in Arnswald zugegangen, daß sie ihre Thätigkeit an den hiesigen Schulen allmählich eingestellt hätte; insbesondere sollte sie von drei zu drei Monaten je zwei Klassen an weibliche Lehrerinnen abgeben. Dann wurde vor einiger Zeit verfügt, daß die höhere Mädchenschule, deren äußere Verwaltung sich übrigens schon seit einigen Jahren in einer nicht korrekten Verfassung befand, mit Anfang Septembers ganz geschlossen werden solle. Diese Verfügung scheint dadurch beschleunigt worden zu sein, daß seit einiger Zeit in auffallender Weise aus den Elementarklassen, welche an weibliche Lehrerinnen überwiegend waren, die Kinder der wohlhabenderen Eltern der höheren Mädchenschule, die eigentlich nur eine Privatschule der Kongregation war, zugeführt wurden. Die Zahl der Schülerinnen an letzterer hatte sich deshalb im Laufe des jüngsten Halbjahrs fast verdreifacht. Nunmehr hat die Oberin der Kongregation, Fräulein v. Mallinckrodt (Schwester des jüngst verstorbenen Abgeordneten v. M.), angeordnet, daß die Ordensschwestern sich sofort ganz von Dortmund zurückziehen hätten. In Folge dessen rüsten dieselben zur Abreise, und wenn binnen Kurzem die Sommerferien zu Ende gehen, nimmt keine Ordensschwester mehr das Amt als Lehrerin wieder auf.

Serresheim, 28. Juli. Am 21. Juni hatten einige Bewohner von Erkraut zur Feier des Bius festes blaß-weiß rothe Fahne ausgehängt, woran ein großer Theil der Bevölkerung des Ortes und der Umgegend erheblichen Aufstoss genommen, weil man allgemein hierin ein demonstratives Aushängen der französischen Nationalfahne erblickt zu müssen glaubt hatte. Die Beteiligten wurden daher wegen großem Unfug vor das hiesige Polizeigericht geladen, woselbst, laut der „Ess. Blg.“, drei zu einer Haftstrafe von 21 Tagen verurtheilt werden sind.

Münster, 28. Juli. Die verurtheilten adeligen Damen haben sich der „Germ.“ aufzugeben gemacht, gleich nach erfolgter Verurtheilung ein Ergebenheitstelegramm an den h. Vater nach Rom abzuschicken, worin sie denselben außerdem um seinen Segen batzen; desgleichen ein solches an den Bischof von Münster.

Wien, 30. Juli. Bisher bildeten die über größere oder geringere Landstrichen ausgedehnten Corpsmanöver eine nahezu ausschließliche Eigenheit der Preußischen und Deutschen Armee, mit diesem Herbst wird jedoch ein erstes verärgerliches großes Manöver auch Seitens der Österreichischen Armee in Böhmen abgehalten werden. Es sol-

len dazu gegen 40,000 Mann Truppen zusammengezogen werden, und wird wie in Preußen, der Kaiser in Person diesen Truppenübungen bewohnen. Ausdrücklich wird hervorgehoben, daß diese Manöver den Abschluß der Österreichischen Armeereorganisation zu bezeichnen bestimmt sind. Diese würde demnach seit 1866 einen Zeitraum von nahezu acht Jahren in Anspruch genommen haben. Der gegenwärtige Stand der Österreichischen Wehrmacht auf Kriegsfuß wird gleichzeitig zu 856,980 Mann mit 82,170 Pferden und 1784 Geschützen und incl. der Stäbe, Colonnen, Trains und Nichtkombattanten, zu 990,280 Mann mit 186,070 Pferden angegeben, wovon 327,100 Mann mit 51,210 Pferden und 1268 Geschützen gleich unmittelbar bei Eröffnung eines Krieges, und noch 125,350 Mann mit 13,150 Pferden und 332 Geschützen vier bis höchstens sechs Wochen später im Felde aufzutreten vermögen. — Nach einer aus Wien eingehenden Mittheilung wird Graf Andrássy Mitte August aus Terchés zu mehrjährigem Aufenthalte in Wien eintreffen, während dessen, wie man glaubt, Beschlüsse in Bezug Spaniens gefaßt werden sollen. — Wir haben bereits wiederholt eines Conflicts zwischen dem Pfarrer Leitgeb zu Stößing und dem Bischof Binder zu St. Pölten erwähnt, der, da der Pfarrer die Intervention des Cultusministers angerufen hat, aller Voraussicht nach größere Dimensionen annehmen wird. Die an den Minister gerichtete Beschwerdeschrift Leitgebs, der vom Bischof a divinis suspendit worden war, weil er seine Gemeindemitglieder zum unbedingten Gehorsam gegen die Staatsgesetze — auch die künftigen Kirchengesetze — aufgesfordert hatte, lautet wie folgt:

Excellen! Mittelst Konfessorial-Decrets vom 23. Juli 1874, B. 4759, bin ich vom Bischofe der St. Pöltener Diözese aufgefordert worden, bis zum 31. Juli d. J. meine Demission als Pfarrer der Gemeinde Stößing einzureichen. Um diesen Schritt des Herrn Bischofs Binder richtig würdig zu tonnen, mögen mir Ew. Excellen gestatten, einige Bemerkungen näher zu beleuchten. Ich habe mich gegenüber den Aufhebungen gegen die österreichischen Staatsgrundgesetze, welche leiderortlich auch in Österreich von der Kanzel herab erfolgten, gern en gefühlt, öffentlich in einer Volksversammlung zu Pürkersdorf die Aufrufung zu stellen, den Gelegen zu gehorchen, auch wenn diese v. einer auswärtigen Macht für null und nötig erklärt sein mögen. Wer wie ich 31 Jahre lang als Seelsorger unter dem Volke gelebt, wer wie ich mit Schmerz gesehen, daß diese Agitationen der Ultramontanen unser Volk immer mehr und mehr zum natürlichen Rechtsgefühl brachten, daß in Folge der unangenehmen Wühlerien eines großen Theiles des Clerus zumal in dem Landvolk das staatliche Bewußtsein unterzogen drohte, der mußte reden, wenn in seiner Brust auch nur noch ein Funken österreichischer Vaterlandsliebe glühte. Euer Excellenz werden ohne Zweifel wissen, daß in den Herzen aller redlichen österreichischen Staatsbürgern eine glühende Sehnsucht nach Einführung zeitgemäßer Reformen auf fröhlichem Gebiete vorhanden ist, und wenn Euer Excellenz bedenken, daß es gerade in den Kreisen der Intelligenz heutzutage Vieles giebt, welche, verzweifelt an jeglicher Besserung, gleichzeitig mit der Kirche auch die Religion fallen liegen, so werden Euer Excellenz es einem alten Manne nicht übel anslegen, wenn er, bevor er noch seine Tage beschließt, getreu seinen Pflichten als Seelsorger und als österreichischer Staatsbürger, unter das Volk hinausgetreten ist, um öffentlich den Ausdruck zu geben, was ja viele meiner Amtsgenossen längst im Süden erschienen. In diesem Auftreten nun hat Se. bischöfliche Gnaden ein Verbrechen erblickt. Bischof Binder hat mich nach St. Pölten vorgeladen, und nachdem ich ihm, um was er mich fragte, der Wahrheit gemäß beantwortet, ohne eine meiner gemachten Äußerungen zu widerrufen, hat er mir das Abhalten der Christenlehre und das Predigen untersagt. In Gegenwart von Benga habe ich diese Suspension als einen Missbrauch der bischöflichen Gewalt bezeichnet. Durchdringen von der Überzeugung, daß in Österreich ein Priester unmöglich deshalb von seinem Obern gezwungen werden dürfe, weil er den katholischen Glauben gegen die städtischen Gesetze predigt, dasselbe auf Grundlage des Evangeliums befreit und die Achtung vor dem Rechte im Volke zu wahren und zu kräftigen sucht — erlaube ich mir im Hinblicke auf § 18 der konfessionellen Gesetze an Euer Excellenz die ergebenste Bitte zu richten: mich gegen den Missbrauch der bischöflichen Amtsgewalt, dem ich in härtester Weise ausgesetzt bin, in meiner Stellung und meinem Amt zu sichern und zu schützen. Franz Leitgeb, Pfarrer.

Paris, 29. Juli. Die Artikel der „Nordd. Allg. Blg.“ über die Karlisten haben hier eine begreifliche Spannung erregt. Die „République Française“ war das erste Blatt, welches darüber berichtete; sie findet die Sprache der „Nordd. Allg. Blg.“ „grave“, glaubt übrigens nicht, daß die deutsche Regierung die bestimmte Absicht habe, in Spanien zu intervenieren; sie würde es lieber sehen, wenn der brüsseler Kongress die Frage löste, und zwar durch gemeinschaftliche Anerkennung der Serrano'schen Regierung. Dabei würde „eines der achtbarsten Prinzipien des Völkerrechts, das Prinzip der Nicht-Intervention, aufrecht erhalten werden“. Die offizielle „Presse“ faßt die Sache an einem andern Standpunkt; sie kommt auf ihren Artikel von vorgestern zurück und bemüht sich, die französische Regierung als unschuldig am Gedanken des Karlismus hinzustellen; sie stützt sich daher natürlich auf die Worte, wodurch die „Nordd. Allg. Blg.“ eine Art von Anklage gegen England erhebt, daß dieses den Karlisten Kriegsmaterial lieferte habe. Man sieht, sagt sie, daß Lord Russell nur die Schul seiner eigenen Landsleute vertuschen wollte, als er vor einigen Tagen gegen Frankreichs Haltung klagte. Dagegen ist die „Presse“ sehr zufrieden mit der Antwort Derby's und namentlich damit, daß derselbe eine Anerkennung Spaniens ablehnte. Es folgen einige Resolutions über das Prinzip der Nicht-Intervention und über die Wünsche Spaniens, allein im eigenen Hause aufzuräumen, und zum Schlusß bittet die „Presse“ die liberalen französischen Zeitungen, sie möchten doch jetzt, wo das Ausland die Haltung der französischen Regierung anerkennen ihr nicht im eigenen Lande Ungelegenheiten bereiten, indem sie über Matacilla und Genossen Klage führen. Die letztere Mahnung ist in den letzten Tagen mehrfach von den offiziösen Blättern gebracht worden. Die „Gazette de France“ schreibt einen Alarmartikel darüber, daß „das revolutionäre Preußen“ einen Vorwand suche, um dem revolutionären Spanien seinen Beistand und seine Herrschaft aufzudrängen! „Mehr als jemals“, schließt derselbe, „sind unsere nationalen Interessen mit dem Triumph des legitimen Königs (Karlos) verknüpft. Ihr Leser seid davon seit lange überzeugt; aber es ist dringend nötig, daß man es auch anderswo begreife, sonst wird Spanien eine preußische Dependance.“

Am Sonntag Abend kam es in einer Kneipe in Saint Denis zu einem blutigen Streit zwischen einem unter dem Namen Jacques bekannten Deutschen und einer Anzahl französischer Arbeiter. Da die letzteren unter dem Ruf: „Nieder mit dem Preußen!“ und mit Faust- und Stockschlägen über ihn herfielen, so zog er sein Messer, verwundete fünf Arbeiter und eilte dann auf die Straße. Dort spielte sich der Streit aber fort und Jacques brachte zwei Arbeitern schwere Wunden bei. Die Polizei, welche der Lärm herbeigeführt, verhaftete Jacques alsbann. — Der Sohn des verstorbenen Saint Marc Girardin, gegenwärtig Unter-Präsident in Corbeil, ist zum Kabinettschef des Ministers des Innern, Generals de Chaubaud-Latour, ernannt worden. — Die Depeschen, welche der mit der Untersuchung

Betreffss der Flucht Nordendorf's und Konferten betraute Admiral Ribour nach Paris gesandt, sollen für den Gouverneur Neu-Caledoniens sehr ungünstig laufen.

Aus Santander, 26. Juli wird der „Köln. Blg.“ geschrieben: Wie die Regierung im Amtsblatte mittheilt, haben die jüngst getroffenen schärfen Maßregeln zur Unterdrückung des karlistischen Aufstandes in vielen Theilen des Landes lebhafte Aeußerungen der Bevölkerung hervorgerufen. Viele Leute haben sich den Behörden freiwillig zur Verfügung gestellt, um durch ihre persönliche Mithilfe zur Niederschlagung des das schöne Land verheerenden revolutionären Waldbrandes beizutragen. Das beweist, daß man wenigstens mit dem Geiste, der diese Verordnungen erfüllt, einverstanden ist, wenn auch im Einzelnen mancher schwierige Punkt genauer Bestimmungen bedarf. Am wenigsten ist man mit der den Tagesblättern auferlegten Beschränkung zufrieden. Dieselbe erscheint weder hinlänglich motivirt, noch zweckmäßig zu sein. Mit Ausnahme der offiziellen karlistischen Blättern, die einfacherlich der Regierung unerreichbar sind, hat die ganze Presse Spaniens sich einer durchaus patriotischen Haltung befleißigt und in ihnen „Vom Bürgerkrieg“ überschriebenen Rubriken meist eine läbliche Objektivität gewahrt. Über die Bewegungen der Armee aber brauchen die Karlisten sich die Nachrichten nicht erst aus den Zeitungen zu holen. Sie sind über dieselben durch die freiwillige und über das ganze Land verbreitete Spionage besser informirt, als irgend welcher Kriegskorrespondent, besser als selbst die Offiziere der Armee. Wenn die Majestät aber den Zweck im Auge hat, das Publikum vor beunruhigten Nachrichten zu schützen, so darf sie eher das gerade Gegenteil erreichen. Denn die Höhlepost läuft, auch wenn sie nicht gedruckt sind, von Mund zu Mund, und zwar mit allen jenen Verärgerungen und Übertreibungen, welche in der Phantasie oder dem Sensationsbedürfnis der Erzähler ihren sehr natürlichen Ursprung haben. Kein Gesetz kann es dem Publikum verbieten, die Geschichte des eigenen Landes erfahren zu wollen, und der Maulkorb, den man den patriotischen Blättern anlegt, wird zur Reklame für die karlistische Winfelpresse. Dies aber verhält es sehr gut, unter den Nachrichten vom Kriegsschauplatze die rechte Auswahl in ihrem Sinne und nach ihren Zwecken zu treffen. An einem Punkte hält übrigens die Regierung u. verbrüderlich ist. Weder die Gräuel, die Antonio Dorregaray zu Estella, noch die, welche der blutdürrende Belbruder Lizarraga zu Orotz leganen hat, könnten sie verantwirten, die bis jetzt innengehaltene hochherige Weise der Kriegsführung zu ändern und auch nur einen der in letzter Zeit in die Hände der Truppen gefallenen Kriegsgefangenen erschaffen zu lassen. Ihre beste Revanche ist der Todesstoß, den sich der Karlismus durch seine Gräuel vor den Augen der ganzen zivilisierten Welt gegeben hat. Von sonstigen Kriegshandlungen ist wenig zu berichten, was nicht durch den gewöhnlichen Telegraphen bereits bekannt geworden wäre. Nur über die jüngste Waffenthat von Miranda habe ich etwas Näheres erfahren. Sie vereint um so mehr Interesse, je schändlicher es ist, daß die karlistischen Begleiter gerade zwischen zwei starken Garnisonen, wie von Vitoria und Miranda und in der Nähe einer so wichtigen Station der Bahn zwischen Burgos und Zaragoza — der beiden geplünderten von Miranda nach Bilbao, der malerischsten von allen, und der nach den Pyrenäen nicht zu gedenken —, ihre Unwesen treiben. Die Freiwilligen von Miranda waren, sechzig Mann stark, nach dem Passo Condado durchs Gebirge gezogen. Sie stießen auf ein Bäuerlein, das vertrieben mit seinem Rücken fürbisch wandelte. „Woher des Weges?“ wird gefragt, und das Bäuerlein erwidert betrübt, daß er seinen Gaul den Karlisten bringen muss, denn thut er's nicht, so ist ihm eine Kugel sicher. Die Voluntarios indessen halten den Mann zurück und erblicken bald vier Karlisten, von denen einer unter ihren Schüssen fällt. Das kleine Gesetz lohnt aber die übrigen herbei, mehrere Hundert an der Zahl. Die Voluntarios schießen sich eine Weile mit ihnen herum und leben um einen der Toten ärmer und um zwei erbeutete Rossen reicher nach Miranda zurück. Die Karlisten aber werden nach diesem Strauß weniger Lust zu einem weiteren Versuch. Den Fortstossgebäude von Miranda haben — Es ist mir mit unsäglicher Mühe erlich gelungen, auf der hiesigen Post eines Schreibens der kaiserlichen Gesandtschaft des Deutschen Reichs in Spanien, dairt vom 13. Juli, Madrid, habhaft zu werden. Wie ich aus dieser freundlichen Befehlschrift ersehe, hat das Unglück unseres Landsmannes A. Schmidt bei der diplomatischen Vertretung des Deutschen Reichs in Spanien das tiefste Bedauern hervorgerufen. Bereits am 20. Juni waren die von Schmidt und mir nach Madrid gesandten Pässe und Dokumente reformiert nach Lodosa zurückgesandt worden, begleitet von einer amtlichen Bescheinigung der Gültigkeit derselben. Zugleich hatte unsere Gesandtschaft die Freundlichkeit gehabt, sich auf dem Kriegsministerium die Befähigung einzuhören, daß unserem Verbleiben beim Generalquartier kein Hindernis in den Weg gelegt werden sollte. Die uns gemachten Schwierigkeiten verdanken der heimlichen und durchaus unaktivierten Bosheit eines spanischen Kollegen, des legendären Berichtersatzers des „Imparcial“, ein übel berüchtigter und wegen Fälschung von Wochenschriften hier in Santander gerichtlich verfolgten Persönlichkeit, ihren Ursprung. Auch ein zweites Schreiben, von unserer Gesandtschaft über die nämliche Angelegenheit am 8. Juli abgesandt, hat sich im frühen Strudel der spanischen Postverwaltung verloren. Dasselbe Schicksal hat der von dem pariser Freunde und Kollegen erwähnte Brief unserer vorläufigen Gesandtschaft gehabt.

Lokales und Provinzielles.

Wosen, 1. August

— Die „N. A. B.“ enthält folgenden leitenden Artikel:

Za der Erzbischof von Bosen und Gnesen stützt die auf Grund des Gesetzes über die Verwaltung erledigter Bischofthümer eingesetzte Administration auf einen — wie es scheint — allgemeinen passiven Widerstand der erzbischöflichen Beamten, welche ihre Mithilfe zu den mannigfachen, mit der Verwaltung eines großen Vermögens verbundenen Operationen verfassen, in Folge dessen die Schädigung großer und vielfacher Interessen herbeiführen und Verwirrung in weite Kreise der dortigen Bevölkerung tragen.

Ein vernünftiger Entschuldigungsgrund kommt dieser Meinung nicht zu Hilfe und selbst, wenn man sich in die Seele der stricken Beamten hineindenkt, kann man kaum einen andern Grund für ihr Verhalten herausfinden, als lediglich einen Peccatum in siccissimo Art. Da die Vermögens-Verwaltung der Erzbischöfe mit dem Glaubens-Jahrtag der katholischen Kirche nichts gemein hat, so kann man nur annehmen, daß der passive Widerstand der erzbischöflichen Beamten sich auf die Überzeugung gründet, daß der Staat nicht das Recht hat, einen Bischof seines Amtes zu entsenden und daß es ihnen daher obliege, Demjenigen, welcher sie in die Verwaltung eingeführt hatte und welchen sie nach wie vor als ihren Oberhirten ansehen, Treue zu bewahren. Es wäre unnatürlich, nochmals die alte Streitfrage zu erörtern, nachdem die Gesetzgebung entschieden hat. Aber selbst bei dem vorausgesetzten Ideengang der Rentienten, muß doch die Thatsache in's Gewicht fallen, daß der Erzbischof außer aller Möglichkeit sich befindet, den Vermögensverwaltung obzulegen, daß aber das Dizizian-Vermögen eben Bischofan- und nicht Bischof Vermögen des Erzbischöfs ist; daß also auch die gesuchte Treue der Verwaltungsbürokratie ihnen zur Wirkung macht, so weit es an ihnen liegt, das Vermögensinteresse der Diözese wahrzunehmen. Diese Erwägungen liegen so nahe, daß sie sich auch den Rentienten aufgedrängt haben müssen, und wenn letztere ebenwohl keine entscheidende Wirkung einräumen, so muß eben angenommen werden, daß dieselbe Taktik, welche die Bischofe verfolgen, auch für die erzbischöflichen Beamten, welche ja die Folgen ihrer Rentienten leicht vorhersehen können, maßgebend geworden ist.

Es kann den Bischoföfen die Sorge nicht fern bleiben, daß ihr fortgesetzter Widerstand gegen die Staatsgesetze zur Zerrüttung des katholischen Kirchenwesens in Deutschland führen muß, und die erzbischöflichen Beamten wissen, daß durch die gehemmte Vermögens-Verwaltung der Diözese ihre Verwirrung in die finanziellen Beziehungen von Tausenden von Privatpersonen gebracht wird.

Dem gegenwärtigen scheint den Bischöfen und ihren Beamten ihr sonst unerklärliches Verhalten lediglich von dem Gedanken dictirt, eventuell mit dem Gedanken motivirt worden zu sein, daß je größer die "Leisden", welchen sie sich aussetzen und denselben den Charakter eines Martyriums vindicieren, so höher die Zahl der also Leiderden antwächst und je mehr und weitere Kreise im Mitleidenschaft gezogen werden, — um so größer auch die Verlegenheit der Staatsregierung werde und bis zu dem Grade sich steigere, daß einer Umkehr eintreten und der Staat vor der Hierarchy die Waffen strecken müsse. Diese pessimistische Spekulation wäre nicht neu. Ähnlich operirte, wenn auch unter wesentlich andern Verhältnissen, der Magazinismus.

Will aber die ultramontane Revolutionärspartei wirklich dieser Gesetzesgebung folgen, so vergibt sie nur das Eine und das Hauptfächliche: daß die Gesetzesgebung, gegen welche sie agitirt, unter überlegter Mitwirkung der Volksvertretung zu Stande gekommen ist und daß das deutsche Volk in seiner großen Mehrheit in dieser Gesetzesgebung die Garantien seiner geistigen Freiheit und seiner nationalen Unabhängigkeit erblidet.

Der Bischof v. d. Marwitz in Pölzin scheint offenbar wenig Neigung zu haben, mit den Staatsgefehen von Neuem in Konflikt zu gerathen. Beweis hierfür ist die Thatsache, daß er keinen von den fürstlich ausgewählten Priestern angestellt, sondern sämtlichen auf unbestimmte Zeit Urlaub ertheilt hat.

Taniszewski und Kozmian in Berlin. Bekanntlich ist der Weißbub Taniszewski ins Gefängnis zu Koźmin eingeführt. Aus dieser baltischen Meldung ist offenbar durch Korruption entstanden, das wir in der "Wes.-Ztg." finden: Berlin, 28. Juli. Kozmian (1) und Taniszewski sind gestern Abend in das hiesige Kreisgefängnis eingeliefert worden."

Brälat Kozmian, welcher vor einigen Tagen von hier nach Mitteilung des "Kurier Pozn." zum Besuch von Verwandten nach Galizien abgereist war, ist gestern von dort hierher zurückgekehrt.

Herr Gymnasiallehrer Ronke in Ostrówo ist von Mihaelis cr. ab in derselben Eigenschaft an das hiesige Mariengymnasium versetzt worden.

r. In dem Provinzial-Landwehrfeste werden bereits umfangreiche Vorführungen und Einrichtungen getroffen. Auf dem Berliner Thor wird durch den Bildhauer Samogt eine Kolossal-Statue der Germania, welche eine Höhe von 16 Fuß hat, errichtet; das Thor selbst wird angemessen dekorirt, und auf der alten Bahnhofstraße von der zweiten Brücke bis zum Landwehrgarten eine Via triumphalis errichtet. Im Landwehrgarten selbst wird auf dem großen freien Platz (dem Kaiserplatz), welcher neben dem alten Garten entstanden ist, eine Kolossalstatue des Kaisers auf Sandstein aufgestellt, welche dort dauernd ihren Platz behalten soll; auch werden im Garten 3 große Zelte aufgebaut, in denen das Festzelt stattfinden wird. Bis jetzt haben 23 Landwehrvereine aus 23 Städten, welche durch 320 Fechtmeister vertreten sein werden, ihre Beihilfung am Feste zugesagt, und zwar die Vereine in Kobylin, Bromberg, Schwerin, Samter, Gnesen, Inowracław, Schmeacl, Pieschen, Krötschin, Schrimm, Gräß, Nadel, Neustadt b. B., Neustadt a. W., Oberlüsik, Nogat, Schollen, Doborn, Lissa-Reichen, Punis, Kraustadt, Bojanów. Am stärksten werden vertreten sein: Golen mit 74, Samter mit 53, Bromberg mit 26, Nadel mit 22 Festgenossen.

Auf die Statue der Germania, welche zum Provinzial-Landwehrfeste auf dem Berliner Thor aufgestellt worden, ist in der vergangenen Nacht ein Schuß abgefeuert worden, ohne jedoch dieselbe erheblich zu verletzen.

r. Die Feldartillerie der hiesigen Garnison feierte gestern Vormittags von den Schießübungen bei Glogau nach Posen zurück.

r. In der Jesuitenstraße wird gegenwärtig das auf dem Grundstück Nr. 12 stehende alte große Gebäude durch den Bauunter-

nehmer Roggenbuss abbruch als Meistbietensatz dem öffentlichen Termine erstanden hat, auf baupolizeiliche Anordnung wegen Baufälligkeit total abgebrochen, um einem großen städtischen Neubau Platz zu machen. Der Abbruch des Gebäudes ist im öffentlichen Verkehrsinteresse zu begründen, da der Neubau genau die Rücklinie der Straße inne halten wird, während gegenwärtig der Bürgersteig durch zwei aus dem alten Gebäude vorpringende Verbaute verengt wird. Auch der von dem Alten Gebäude an der Ecke des Alten Markts in die Wasser- und Jesuitenstraße vorpringende Edpfeiler soll, wie man hört, bei dieser Gelegenheit abgebrochen und befestigt werden, so daß dadurch ein erweiterten Zugang vom Alten Markt nach den beiden genannten Straßen gewonnen werden wird. An diesem Edpfeiler traten vor etwa 8 Jahren an derselben Stelle, wo gegenwärtig ein schwarzes Leder hingemalt ist, die Umrisse eines alten Marienbildes, welches später überlängt worden war, ziemlich deutlich hervor. Diese Ercheinung, vom Volke als ein "Wunder" betrachtet, führte damals zu Strafanträufen und Erzeugen.

Beschädigung fremden Eigenthums. Ein Schlosser gesetzte hat gestern in einer Stänke am Alten Markt einen Garde-
vorsätzlich abgebrochen und ist deswegen verhaftet worden. — Ein Arbeiter war gestern mit einem Stein in das Schaufenster eines hiesigen Kaufmanns und zertrümmerte dasselbe.

Diebstahl. Gestern Vormittag ließ sich ein angeblich früherer Geometer, J. H. aus Schwerenz, in einer Drosche vom Centralbahnhof nach der Stadt und von da nach dem Schilling fahren. Hier lag er den Kutscher warten, begab sich in die Restauration und zogte. Bald darauf war er, ohne dem Kutscher die Fahrt und dem Kellner die Rechnung bezahlt zu haben, verschwunden; gleichzeitig vermisste der Kellner auch einen Kassettöffsel, der auf dem Tische vor dem durchgebrannten Gaſe gelegen hatte. Kutscher und Kellner verfolgten nun den Gaſt, und hielten ihn kurz vor dem Schillingstor an. Bei der polizeilichen Revision desselben fand man unter dem Hemde versteckt 3 Servietten, 2 Zigarrenaschen, und 2 Überläufen. Über den Erwerb dieser Gegenstände wußte der Verhaftete keine Auskunft zu geben. Man fand bei ihm anbarem Gelde nur 11 Sgr. 10 Pf., welche dem Droschkenfahrer als Abschlagszahlung eingehändigt wurden. Der angeblich frühere Geometer ist bereits wegen 6 einfacher Diebstähle mit 4 Monaten Gefängnis und wegen Verbrechens gegen die Sittlichkeit mit 3 Jahren Büchhaus bestraft worden.

Zwentschen. 31. Juli. Vorigen Sonntag wurde in unsern Mauern ein seltenes Fest — ein Gesangfest gefeiert. Es beteiligten sich an demselben der tirschiageler, neutomischer und der hiesige Gesangverein, während Schwibus nur durch eine Deputation von 4 Mann vertreten waren. Eröffnet wurde das Fest, zu dem die umfassendsten Vorbereitungen getroffen waren, mit einem Gesangs-Konzert im Schützengarten. Die Paaren wurden durch die Kapelle des Posenschen Ulanen-Regiments Nr. 10 aus Büdlichau in der besten Weise ausgeführt. Nach Schluss dieses Konzertes, welches von dem anwesenden Publikum, das wenigstens 800 Köpfe stark vertreten war, mit viel Applaus aufgenommen wurde, vereinigten sich die Sänger mit ihren Damen noch zu einem Ball im Schießhausaal, der erst nach Tagesanbruch sein Ende erreichte. Hoffen wir, daß der gute Ausfall dieses Festes, recht viel zur recht baldigen Wiederkehr eines solchen beitragen möge.

Staats- und Volkswirthschaft.

Das neue Bankgesetz, dessen Entwurf wir wiedergegeben haben, enthält eine Reihe von Bestimmungen, welche einem ansehnlichen Theil der gegenwärtig in Deutschland bestehenden Notenbanken den Fortbestand fast unmöglich machen. Einige Banken müssten die Noteninkulation stillsetzen, beispielweise die Meininger Bank, weil sie gleichzeitig Geschäfte betreibt, welche weit über die durch den Entwurf für Bettelbanken zugelassenen Grenzen hinausgehen und eine Beschränkung der Zirkulation auf das Herzogthum Meiningen keinen Werth hat. Der Notenumlauf der hiesischen Hypotheken- und Wechselbank

würde auf Baiern beschränkt bleiben, da die Bank wegen ihres Hypotheken- und Versicherungsgeschäfts sich nicht unter das Gesetz stellen könnte. Die Notenausgabe der frankfurter, badischen und süddeutschen Bank würde auf ein Drittel ihres jetzigen Maximums, das der württembergischen Bank ebenfalls nahezu reduziert werden. Der badischen Bank würde übrigens das Contocurrent Geschäft allen genannten Banken die Befugnis zur Belebung österreichischer Werthe entzogen werden. Die doppelte Einführungsstelle in Berlin und Frankfurt würde den meisten dieser Banken nahezu kosten auferlegen, wovon außerdem noch die Steuer mit 1 p.C. der ungedeckten Notenemission kommen würde. Die bisher unlimitierte Notenausgabe der Sächsischen, Leipziger, Geraer, Gothaer und Bückeburger Bank würde auf den Betrag des eingezahlten Aktienkapitals beschränkt, diejenige der preußischen Bank auf 35.000.000 Thlr. im Maximum fixirt werden. Dieser kurze Hinweis wird genügen, um auf die enorme Tragweite dieses Gesetzentwurfs aufmerksam zu machen. Die meisten Banken werden, wenn dieser Entwurf Gesetz würde, es vorziehen, zu liquidiiren, zumal das Gesetz als Preis der Unterwerfung nichts Anderes bietet, als die Garantie des Fortbestandes bis zum Ablauf des Jahres 1886.

**** Neue Lebens-Versicherungs-Gesellschaft in Berlin.** Unter der Firma Berlin-Hamburger Lebens-Versicherungs-Gesellschaft auf Gegenseitigkeit, mit dem Sitz in Berlin, ist eine neue Versicherungs-Gesellschaft in der Bildung begriffen. Die Statuten derselben sind bereits fertig gestellt und ist der Garantifonds ebenfalls bereits beschafft. Die Begründer der Gesellschaft sind die Herren Dr. H. Drissen, Dr. G. van Mayden, Direktor H. Heiberg in Berlin und die Herren Regierungsrath a. D. v. Warnstädt, Rechts-Anwalt F. Philipp, Dr. L. Meyn, R. Beinhauer, Senator Rosenhagen in Hamburg. Zum General-Direktor ist Herr Schiffmann bestimmt.

**** Breslau.** 31. Juli. Die fertig gestellte Semestralbilanz der Breslauer Wechslerbank ergiebt unter Berücksichtigung des aus der nunmehr durchgeföhrten Kapitalreduktion erzielten Gewinnes einen Gesamtrentnertrag von über 300.000 Thaler. Davon entfallen auf den Nutzen aus dem Aktienverkauf reichlich 200.000 Thaler, während der Überrest aus dem laufenden Geschäft resultirt. Die am 31. Dezember 1873 vorhanden gewesene Unterbilanz von 290.000 Thaler ist nunmehr vollständig befreit und gleichzeitig die Erwartung bereit, daß die Breslauer Wechslerbank, deren Semestralabluft mit großer Voricht aufgenommen worden ist, schon für das laufende Jahr 1874 ihren Aktionären Dividende zu zahlen in der Lage sein wird.

**** Königsberg.** 30. Juli. Ein neues Beispiel von den vielen unzähligen Erschwerungen des Verkehrs mit Russland brachte eine Mitteilung der Zollagentur der großen russischen Eisenbahngesellschaft aus Birballen zur Kenntnis des Postfachberams der hiesigen Kaufmannschaft. Wenn in einem Frachtbriebe mehrere aufeinanderfolgende Posten gleiche Signatur haben, aber verschiedene Waaren enthalten, so genügt es nicht, diese verschiedenen Waaren genau anzugeben, die sich gleichbleibende und wiederholende Signatur durch Striche oder Dots zu bezeichnen, sondern sie muß jedesmal vollständig wiederholt werden. Andernfalls erhebt das russische Zollamt 10 p.C. Accident vom Zollbetrage. Ohne die dantenswerthe Geselligkeit der erwähnten Agentur würden gewiß viele hiesige Handlungen einer solchen Zollerhöhung verfallen. Das Postfachamt ließ allen bei dem Verkehrs mit Russland beteiligten Korporationsmitgliedern Kopie des betreffenden Schreibens zustellen.

**** Wien.** 31. Juli. Die Einnahmen der Elisabeth-Westbahn betrugen in der Woche vom 16. Juli bis 23. Juli 217,905 Fl., ergaben mithin gegen die entsprechende Woche des Vorjahres eine Mindeereinnahme von 79,168 Fl. — Wocheneinnahme der Linie Neumarkt-Braunau-Simbach 10,020 Fl. Mindeereinnahme 2268 Fl. — Wocheneinnahme der Linie Salzburg-Hallein 3036 Fl., Mehreinnahme 510 Fl. — Wocheneinnahme der Linie Wien-Kaiserebersdorf 1002 Fl., Mindeereinnahme 416 Fl.

**** Wien.** 31. Juli. Wochenansweis der gesammten lombardischen Eisenbahn vom 16. bis zum 22. Juli 1,329,392 Fl., gegen 1,369,360 Fl. der entsprechenden Woche des Vorjahres, mithin Wochen-Mindeereinnahme 39,968 Fl. Bisherige Mindeereinnahme seit 1. Januar 2,185,761 Fl.

**** Antwerpen.** 30. Juli. In der heutigen Wollauktion wurden von 1914 Ballen angebotener Buenos-Ayres-Wollen 1467 Ballen verkauft. Die angebotenen 633 Ballen Montevideo wurden vollständig verkauft. Preise etwas besser als die höchsten Preise in der Mai-Auktion.

**** Bradford.** 30. Juli. Wolle und Wollenwaren. Wolle ruhig, behauptet, Garne fest, Stoffe vernachlässigt.

**** Glasgow.** 31. Juli. Roheisen. Mixed numbers warrants 86 Sh. 3 D.

Berantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Wagner in Posen.

Bis 11 Uhr Vormittags eingegangene Depeschen

Paris. 31. Juli. Alle Abendblätter, die klerikalen ausgenommen, billigen die heutige offizielle Note, welche den Hirtenbrief des Erzbischofs Guibert tadeln.

Paris. 31. Juli. Die "Havas" bezeichnet die Journalmittheilungen über die Politik Frankreichs Spanien gegenüber als irreg. Die Nachricht eines englischen Journals von einer energischen spanischen Note an Frankreich sei völlig unbegründet. Zwischen beiden Regierungen habe nur ein freundschafflicher Ideenaustausch stattgefunden. Frankreich, das gutnachbarliche Gefühlmäßigkeiten zu Spanien hege, habe alle seine Unterbehörden in diesem Sinne instruiert. Es sei aber die Schwierigkeit einer genauen Überwachung einer so ausgedehnten Gebietsgrenze zu berücksichtigen. Es sei hierzu fast ein Armeecorps (!) erforderlich. Betreffs Anerkennung der spanischen Regierung werde Frankreich zwar nicht die Initiative ergreifen, wohl aber sich der Haltung der anderen Großmächte anschließen.

Versailles. 31. Juli. [National-Versammlung]. Bei Beratung des Vertragungsantrages erinnert Tolon im Laufe der Debatte gegenüber Francieu, der sich ermächtigt hielt, während der Ferien zu Allem, was er bezüglich der Wiederherstellung der Monarchie als Recht und Pflicht betrachtet, ferner dem General Cisneros gegenüber an die jüngste Erklärung des Ministers des Innern, daß die Regierung allen Parteien gegenüber ihrer Gewalt Achtung verschaffen werde. Der Antrag Lamys, den Belagerungszustand in allen Departements aufzuheben, wurde mit 376 gegen 306 und der Antrag Turquet, nur während der Wahlperiode den Belagerungszustand aufzuheben, mit 366 gegen 305 Stimmen abgelehnt. Die Vertragung der Nationalversammlung vom 6. August bis 30. November wurde beschlossen.

Madrid. 31. Juli. Der "Gaceta" zufolge flüchteten mehrere Carlistenbanden Galiciens nach Portugal.

Rom. 31. Juli. Der Papst bestimmte, daß die Bischöfe von Meß und Straßburg künftig direkt unter dem päpstlichen Stuhle stehen sollen.

Ankunft der Eisenbahnzüge.

1. August 1874.

Kreuz—Posen.

Personenzug	Klasse 1—4	4 Uhr	56 Minuten	Morgens.
Gemischter Zug	2—4	8	11	Vorm.
Personenzug	1—3	11	11	Nachm.
Personenzug	1—3	3	55	Nachm.
Gemischter Zug	2—4	9	27	Abends.

Breslau—Posen.

Personenzug (von Elisa)	Klasse 1—4	8 Uhr	29 Minuten	Vorm.
Personenzug	1—4	11	4	Vorm.
Personenzug	1—3	3	39	Nachm.
Personenzug	1—4	10	47	Abends.

Bromberg, Thorn—Posen.

Personenzug (von Gnesen)	Klasse 1—4	7 Uhr	29 Minuten	Vorm.
Gemischter und				
Personenzug	1—3	10	19	Vorm.
Personenzug	1—4	3	24	Nachm.
Personenzug	1—4	10	14	Abends.

Frankfurt a. O., Guben—Posen.

Personenzug	Klasse 1—4	10 Uhr	9 Minuten	Vorm.
Personenzug	1—3	2	12	Nachm.
Personenzug	1—3	5	56	Nachm.
Personenzug	1—4	10	6	Abends.

Absahrt der Eisenbahnzüge.

1. Juni 1874.

Posen—Kreuz.

Personenzug	Klasse 2—4	5 Uhr	45 Minuten	Morgens.

<tbl_r cells="5" ix

Produkten-Börse.

Berlin, 31. Juli. Wind: W. Barometer 28. 2. Thermometer früh + 18°. Witterung: heiter.
Roggen hat sich am heutigen Markte im Werthe wieder verschlechtert. Geschäft äußerst beschränkt, Anerbietungen, besonders zu Ende der Börse, überlegen. Ware wurde zu ziemlich unveränderten Preisen verkaufen; das Angebot ist nicht groß. Gefündigt 16,000 Etr. Kündigungspreis 51½ R. M. per 1000 Kilgr. Roggenmehl märt. Auf Juli ist durch unvermuthet große Lieferungen ein starker Druck ausgeübt worden. Gefündigt 27,000 Etr. Kündigungspreis 9 R. M. 14 Sgr. per 100 Kilgr. — Weizen sehr flau, zum Schluß durch sorgte Verkäufe fast gedrückt. Gefündigt 18,000 Etr. Kündigungspreis 85½ R. M. per 1000 Kilgr. — Hafer sehr flau, Termine zu nachgebenden Preisen verkaufen. Gefündigt 3000 Etr. Kündigungspreis 8½ R. M. per 1000 Kilgr. — Rübbel war sehr matt. Gefündigt 300 Etr. Kündigungspreis 18½ R. M. per 100 Kilgr. — Spiritus flau ziemlich stark, hat zu den merklich ermäßigten Preisen aber mehr Beachtung gefunden und schlägt dann ziemlich fest. Gefündigt 30,000 Liter. Kündigungspreis 27 R. M. 15 Sgr. per 10,000 Liter p. Et. — Betzen lolo pro 100 Kilgr. 74—88 R. M. nach Dual gef. gelber per diesen Monat 8½—83 R. M. b. Juli-August 78—78 R. M. b., August.

Dresden, 31. Juli.

Matt.

Freiburger 102½ do. junge 96½ Oberschlesische 167. N.-Oderbarden 79. Italiener — Silberrente 68½ Rumäniener 41. Breslauer Diskontobank 80½ do. Wechslerbank 72. Schles. Bankb. 108½ Kreditaktien 140½ Laurahütte 124½ Oberschles. Eisenbahnbud. Österreich. Banknoten 91½ Russ. Banknoten 94½ Bresl. Wallerbank — do. Wall.-B.-B. — Prov.-Wallerb. — Schles. Vereinbank 91½ Ostdeutsche Bank 75½ Bresl. Prov.-Wechslerb. —

Telegraphische Korrespondenz für Fonds-Kurse.

Frankfurt a. M., 31. Juli, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Schiffsbank — Darmstädter Union — süddeutsche Immobilien-Gesellschaft 93½ neue russische Anleihe — Ungarische Poste — Englisches Wechslerbank — Meiningen Poste — 1854er Poste —

Fest. Bahnen still, Banken fest, Prioritäten und Poste beliebt. Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 247, Franzosen 337½, Lombarden 139½, Elisabethbahn — Londoner Wechsel 119½, Pariser Wechsel 94½, Wiener Wechsel 117½, Franzosen 26½, Böh. Westbahn 217½, Lombarden 138, Galtz 223, Elisabethbahn 220, Nordwestbahn 177½, Kreditaktien 246 Russ. Bodencredit 89, Russen 1872 99½ Silberrente 68½ Papierrente 64½ 1860er Poste 105½ 1864er Poste 163½ Amerikaner de 82 97½ Deutsch.-Österreich. 66 Berliner Bankverein

Berlin, 31. Juli. Die Börse verkehrte im Allgemeinen in günstiger Stimmung; die Course legen auf spekulativem Gebiet zumeist mit gestrigen Schlussnotierungen ein, obgleich die auswärtigen Meldungen teilweise ungünstig eintrafen und bei der Reservirheit, mit der das Angebot wiederum aufrat, konnten sich die Course bis zum Abschluß ziemlich gut behaupten. Der geschäftliche Verkehr aber zeigte nicht mehr die Unimittbarkeit der letzten Tage.

Der Kapitalsmarkt bewahrte sein festes Gepräge und weist dauernd eine Vorliebe des Anlage suchenden Publikums für die fremden soliden Wertpapiere nach. Der Geldstand läßt sich als recht flüssig bezeichnen; doch nicht seit gestern das Privaldistonto etwas an und betrug heute 2—2½ p. Et. nur für feinstre Briebe, während es sich im Uebrigen etwas höher stellte.

Von den internationalen Speulationswerthen erfreuten sich Kredit-Aktien und Franzosen verhältnismäßig guter Umfänge in ziemlich fester Haltung; für Lombarden machte sich anfänglich im Anschluß an ein

Fonds- u. Aktienbörsen.

Berlin, den 31. Juli 1874.

Deutsche Fonds.

Ausländische Fonds.	
Amer. Anl. 1881	6 105 S
do. do. 1882 gel.	6 97½ S
do. do. 1885	6 103½ S
Newyork. Stadtanl.	7 98½ S
do. Goldanleihe	6 98½ S
Zinn. 10 Thlr. Poste	11½ S
Italienische Anl.	5 67½ S
do. Tabaks-Obl.	6 99 S
do. do. Act. 70%	6 62½ S
Dest. Pap. Rente	4 64 etw. b. S
do. Silberrente	4 68½ S
do. 2500 Pr. Obl.	4 104 S
do. 1000 R. Kred. 2.	108½ b. S
do. Poste 1869	5 15½ b. S
do. Pr. Sch. 1864	93½ b. S
do. Bodenr. S.	5 86 etw. b. S
Poin. Schaf-Obl.	4 87 b. S
do. Gert. A. 300fl.	5 94 S
do. Pfdbr. III. Em.	4 81½ S
do. Part. D. 500fl.	4 108½ S
do. Liqu. Pfandbr.	4 69½ b. S
Raab.-Grazer Poste	4 85½ b. S
Trans. Anl. 71. 72.	5 99 S
Bular. 200res. Poste	—
Russ. Anleihe	8 — II. 104½
Russ. Bodenkr. Pfd.	5 89½ b. S
do. Nicolai-Obl.	4 86½ b. S
Russ.-engl. Anl. v. 62	102½ S
do. do.	3 74 S
do. do. v. 705	103 etw. b. S
do. b. 715	102½ S
do. 5. Stiegl. Anl.	5 85 S
do. 6.	5 94½ b. S
do. Prüm.-Anl. de 65	153½ b. S
do. 66½	153½ b. S
Türk. Anleihe 1865	5 44½ b. S
do. do. 1869	6 —
do. do. 1876	6 —
do. do. Kleine 6	—
do. do. 200 (vollg.) 3	106½ b. S
Ungarische Poste	5 53½ b. S

Bank- und Kredit-Aktien und Anteilsscheine.

Bank- und Kredit-Aktien und Anteilsscheine.	
Anh. Landesbank	4 —
Bl. f. Syrisch (Weide)	5 58 b. S
Barmer Bankverein	5 82 S
Berg.-Würtl. Ban.	4 84½ b. S
Berliner Bank	4 75½ b. S
do. Bankverein	5 81½ b. S
do. Kassenverein	4 27½ S
do. Handelsgesl.	4 118½ b. S
do. Wechslerb.	5 50 etw. b. S
Bresl. Discontobh.	4 80½ b. S
Bank. Brem. Kreditb.	5 64½ b. S
Braunschweig. Ban.	4 119½ b. S
Bremen. Ban.	4 116 S
Centralb. f. Hd. u. S.	5 74½ b. S
Coburg. Privatb.	4 78 b. S
Danzer Privatb.	4 118 S
Darmstädter Kred.	4 150½ b. S
Dettelb. Bank	4 109½ b. S
Dessauer Kreditb.	4 108½ b. S
Doellens. Schuld.	5 55½ b. S
Duiselb. Schuld.	5 8½ b. S
König.-Mindener P.	21 102½ b. S
Deutsche Unionb.	4 82½ b. S

Sept. — Sept.-Oft. 72½—71½ b. Ott.-Nov. 71½—70½ b. Nov.-Desbr. 70½ b. Des.-Jan. — April-Mai 213—208 R. M. b. — Roggen solo per 1000 Kilgr. 51—65 R. nach Dual gef. russischer 51½—52½ ab Kahn b. ver diesen Monat 51½—5½ b. Juli-August do. Sept.-Oft. 52½—51½—52 b. Ott.-Nov. 52½—52 b. Nov.-Des. 52½—5½ b. Frühjahr 158—57 R. M. b. — Getreide solo per 1000 Kilgr. 53—75 R. nach Dual gef. Getreide solo per 1000 Kilgr. 57—73 R. nach Dual gef. Getreide solo per 1000 Kilgr. 60—69, vom 70—73 ab Kahn b. ver diesen Monat 68½ b. Juli-August 59 b. Aug.-Sept. — Sept.-Oft. 56½—56½ b. Ott.-Nov. 55½ b. Nov.-Des. — Frühjahr 166 R. M. b. — Erbsen per 1000 Kilgr. 50½—50 b. — Futterware 72—75 R. nach Dual gef. Futterware 66—70 R. nach Dual. — Raps per 1000 Kilgr. — Rüben — Reisnöl. solo per 100 Kilgr. ohne Fack 22½ R. — Rübbel per 100 kg solo ohne Fack 17½ R. b. mit Fack — per diesen Monat 18½ R. M. b. Juli-August do. — August-Sept. do. Sept.-Okt. 18½—5 b. Ott.-Nov. 18½—5 b. Nov.-Des. 19½—19 b. April-Mai 60,5 R. M. b. — Getreide in raffin (Standard white) per 100 Kil. mit Fack solo 6½ R. M. b. ver diesen Monat 6½ b. Juli-August do. — August-Sept. do. Sept.-Oft. 6½—5 b. Ott.-Nov. 7½—5 b. Nov.-Des. — April-Mai — — Spiritus per 100 Liter a 100 p. Et. — 10,000 p. Et. solo ohne Fack 27 R. 16 Sgr. bis 27 R. b. ver diesen Monat — solo mit Fack — per diesen Monat 27 R. 20 Sgr. b. Juli-August

27 R. 20—10—12 Sgr. b. August-Sept. 27 R. 15—7 Sgr. b. Sept.-Oft. 24 R. 16—14 Sar. b. Oktober-Nov. 22 R. 17—14—15 Sar. b. Nov.-Des. 21 R. 17—13—14 Sar. b. April-Mai 65—65—65,2 R. M. nom. — Weiß-Weizenmehl Nr. 0 11½—11, Nr. 0 u. 1 10½—10 R. M. Roggenmehl Nr. 0 9½—9½ R. M. 0 u. 1 9½—8½ R. per 100 Kilgr. Brutto unverst. int. Sac. — Roggenmehl Nr. 0 u. 1 ver 100 Sar. b. Brutto unverst. int. Sac. ver diesen Monat 9 R. 25—7—15 Sar. b. Juli-August 8 R. 21—19 Sar. b. — August-Sept. 8 R. 19—17 Sar. b. Sept.-Oft. 8 R. 17—15 Sar. b. Ott.-Nov. 8 R. 13—12 Sar. b. April-Mai 8 R. 24½ R. m. b. B. u. S. B.

Reteorologische Beobachtungen zu Bösen.

Datum.	Stunde	Barometer	Wind.	Wolkenform.
31. Juli	Nachm. 2	27" 6" 47	+ 20° 9	W 2
31.	Abends 10	27" 7" 07	+ 14° 6	W 1
1. August	Morg. 6	27" 6" 45	+ 13° 0	S 0—1

Wasserstand der Wärthe.

Bösen, am	30. Juli 1874 12 Uhr Mittags	0,12 Meter.
31.	—	0,12

Paris, 31. Juli, Nachmittags 3 Uhr. Fest.

[Schlußkurse.] 3 prozent. Rente 64. 00. Anleihe de 1871 — Anleihe de 1872 99. 65 Ital. 5 prozent. Rente 66. 75 Italien. Labak-aktien 772. 50. Franzosen (gestemp.) 717. 50. do. neue — Dester-Nordwestbahn — Lombard. Eisenbahn 298. 75. Lombard. Prioritäten 246. 25. Türken de 1865 44. 50. Türken de 1869 268. 75. Türkenloste 107. 50. Goldagio

Paris, 30. Juli, Abends. Auf dem Boulevard wurde neueste Anleihe zu 99. 35 gehandelt.

London, 31. Juli, Nachmittags 4 Uhr. Aus der Bank floßen heute 347,000 Pfd. Sterl.

6 prozent. ungar. Schatzbonds 90½. Kontos 92½. Italien. 5 prozent. Rente 66. 75. Lombarden 11½. 5 prozent. Russen de 1871 102½ 5 prozent. Russen de 1872 102½. Silber 58½. Türk. Anleihe de 1865 43½. 6 prozent. Türk. de 1869 53½. 9 prozent. Türk. Bonds — 6 prozent. Berechnung. St. v. 1862 104. Österreich. Silberrente 67½. Österreich. Banknote 64.

Wednesdays: Berlin 6. 26. Hamburg 3 Monat 20. 62. Frankfurt a. M. 120½. Wien 11. 30. Paris 25. 45. Petersburg 32½. New York, 30. Juli, Abends 6 Uhr [Schlußkurse.] Sochte Kürzungen des Goldagios 9½ niedrigste 9½. Wechsel auf London in Gold 4 D. 87½ C. Goldagio 9½. 1½ Bonds de 1885 117½. do. neue 5 prozent. fundierte 113½. Bonds de 1887 117½. Erie-Bahn 32½. Central-Pacific 89½. Baumwolle in New-York 17. Baumwolle in New-York 11½. Wien 5 D. 75 C. Raffin. Petroleum in New-York 11½. do. Philadelphia 11½. Rother Frühjahrswiesen 1 D. 37 C. Kasse 20. Ruder Käse refining Muscovado 7½. Getreidefracht 6½.

Paris, 31. Juli, Nachmittags 3 Uhr. Fest.

[Schlußkurse.] 3 prozent. Rente 64. 00. Anleihe de 1871 — Anleihe de 1872 99. 65 Ital. 5 prozent. Rente 66. 75 Italien. Labak-aktien 772. 50. Franzosen (gestemp.) 717. 50. do. neue — Dester-Nordwestbahn — Lombard. Eisenbahn 298. 75. Lombard. Prioritäten 246. 25. Türken de 1865 44. 50. Türken de 1869 268. 75. Türkenloste 107. 50. Goldagio

Paris, 30. Juli, Abends. Auf dem Boulevard wurde neueste Anleihe zu 99. 35 gehandelt.

London, 31. Juli, Nachmittags 4 Uhr. Aus der Bank floßen heute 347,000 Pfd. Sterl.

6 prozent. ungar. Schatzbonds 90½. Kontos 92½. Italien. 5 prozent. Rente 66. 75. Lombarden 11½. 5 prozent. Russen de 1871 102½ 5 prozent. Russen de 1872 102½. Silber 58½. Türk. Anleihe de 1865 43½. 6 prozent. Türk. de 1869 53½. 9 prozent. Türk. Bonds — 6 prozent. Berechnung. St. v. 1862 104. Österreich. Silberrente 67½. Österreich. Banknote 64.